

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
§ 1 Einführung . . . . .	1
Erster Teil: Grundlagen . . . . .	7
§ 2 Begriff der Notzuständigkeit, Rechtsverweigerung und Abgrenzungen . . . . .	8
§ 3 Rechtsvergleichender Überblick . . . . .	21
§ 4 Rechtsvereinheitlichung . . . . .	59
§ 5 Zuständigkeitsinteressen und Leitprinzipien der Zuständigkeitsgestaltung . . . . .	70
Zweiter Teil: Völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben . . . .	83
§ 6 Allgemeines Völkerrecht . . . . .	84
§ 7 Europäische Menschenrechtskonvention . . . . .	104
§ 8 Europarecht: EU-Grundrechtecharta . . . . .	132
§ 9 Grundgesetz . . . . .	141
Dritter Teil: Die Notzuständigkeit <i>de lege lata</i> . . . . .	163
<i>Erster Abschnitt: Europäisches Zuständigkeitsrecht</i> . . . . .	163
§ 10 Bedürfnis internationaler Notzuständigkeit . . . . .	164
§ 11 Ausgestaltung der Notzuständigkeit in den EU-Verordnungen . . .	201
§ 12 Ungeschriebene Notzuständigkeiten . . . . .	285
<i>Zweiter Abschnitt: Autonomes deutsches Recht</i> . . . . .	305
§ 13 Gesetzeslage . . . . .	305
§ 14 Ungeschriebene Notzuständigkeit . . . . .	328

Vierter Teil: Die Notzuständigkeit <i>de lege ferenda</i> . . . . .	403
§ 15 Europäisches Zuständigkeitsrecht . . . . .	404
§ 16 Autonomes deutsches Recht . . . . .	436
Fünfter Teil: Schluss . . . . .	461
§ 17 Zusammenfassung der Ergebnisse . . . . .	462
Literaturverzeichnis . . . . .	471
Sachregister . . . . .	497

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
<i>§ 1 Einführung</i> . . . . .	1
<b>Erster Teil: Grundlagen</b> . . . . .	7
<i>§ 2 Begriff der Notzuständigkeit, Rechtsverweigerung und Abgrenzungen</i>	8
A. Begriff der Notzuständigkeit . . . . .	8
B. Drohende Rechtsverweigerung als Anlass der Notzuständigkeit . . .	9
I. Begriff der Rechtsverweigerung . . . . .	9
II. Konstellationen der Rechtsverweigerung . . . . .	10
1. Negativer internationaler Kompetenzkonflikt . . . . .	10
2. Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit eines Verfahrens . . . . .	12
3. Anerkennungslücke . . . . .	13
C. Menschenrechtsklagen als besondere Herausforderung für die Notzuständigkeit . . . . .	14
D. Abgrenzungen . . . . .	17
I. Abgrenzung zur Gerichtsbarkeit . . . . .	17
II. Abgrenzung zu nicht kontradiktorischen Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit . . . . .	18
<i>§ 3 Rechtsvergleichender Überblick</i> . . . . .	21
A. Notwendigkeit eines rechtsvergleichenden Überblicks . . . . .	21
B. Ausbreitung der Notzuständigkeit . . . . .	22
I. Rechtsordnungen mit geschriebener Notzuständigkeit . . . . .	22
II. Rechtsordnungen mit von der Rechtsprechung anerkannter Notzuständigkeit . . . . .	28
III. Reformbemühungen in weiteren Rechtsordnungen . . . . .	28
IV. Rechtsordnungen des Common Law . . . . .	29
V. Schlussfolgerungen . . . . .	31
C. Ausgestaltung der Notzuständigkeit . . . . .	32

I. Grundsätzliche Übereinstimmung der Voraussetzungen . . . . .	32
II. Unterschiedliche Anforderungen im Einzelnen . . . . .	33
1. Drohende Rechtsverweigerung . . . . .	33
2. Inlandsbezug . . . . .	35
III. Ausgewählte Rechtsordnungen im Detail . . . . .	37
1. Schweiz . . . . .	38
2. Österreich . . . . .	44
3. Niederlande . . . . .	50
IV. Schlussfolgerungen . . . . .	55
D. Zusammenfassung . . . . .	57
<i>§ 4 Rechtsvereinheitlichung . . . . .</i>	<i>59</i>
A. Interamerikanische Konvention über die internationale Anerkennungszuständigkeit . . . . .	59
B. Vorhaben und Übereinkommen der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht . . . . .	59
C. Principles of Transnational Civil Procedure . . . . .	63
D. Resolutionen des Institut de Droit international . . . . .	65
E. Resolution der International Law Association . . . . .	66
F. Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen . . . . .	68
<i>§ 5 Zuständigkeitsinteressen und Leitprinzipien der Zuständigkeitsgestaltung . . . . .</i>	<i>70</i>
A. Zuständigkeitsinteressen . . . . .	71
I. Parteiinteressen . . . . .	71
1. Gegenläufige Parteiinteressen . . . . .	72
2. Gleichlaufende Parteiinteressen . . . . .	72
II. Staatsinteressen . . . . .	74
B. Leitprinzipien der Zuständigkeitsgestaltung . . . . .	76
I. Zuständigkeitsgerechtigkeit . . . . .	76
II. Zuständigkeitsklarheit . . . . .	78
 Zweiter Teil: Völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	 83
<i>§ 6 Allgemeines Völkerrecht . . . . .</i>	<i>84</i>
A. Sachliche Beschränkung staatlicher Gerichtsbarkeit . . . . .	84
I. Meinungsstand . . . . .	86
1. Spürbare Beschränkung der Rechtsprechungsgewalt . . . . .	87
2. Keine spürbare Beschränkung der Rechtsprechungsgewalt . . . . .	89

3. Spürbare Beschränkung der Rechtsprechungsgewalt, aber Ausnahme für Notzuständigkeit . . . . .	90
II. Stellungnahme . . . . .	91
1. Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen zivilrechtlicher Rechtsprechungs- und öffentlich-rechtlicher Rechtssetzungsgewalt . . . . .	91
2. Keine spürbare Begrenzung der Rechtsprechungsgewalt . . . . .	95
3. Keine Besonderheiten im Kontext der Notzuständigkeit . . . . .	97
III. Ergebnis . . . . .	101
B. Justizieller Mindeststandard . . . . .	101
<i>§ 7 Europäische Menschenrechtskonvention . . . . .</i>	<i>104</i>
A. Das Recht auf Zugang zu Gericht . . . . .	104
B. Auswirkungen des Zugangsrechts auf die internationale Zuständigkeit	105
I. Fragestellung . . . . .	105
II. Die Entscheidungen des EGMR in der Rechtssache Naït-Liman . . . . .	107
1. Sachverhalt . . . . .	108
2. Anwendungsbereich des Zugangsrechts . . . . .	109
3. Verletzung des Zugangsrechts . . . . .	110
III. Rezeption in der Literatur . . . . .	113
IV. Stellungnahme . . . . .	115
1. Anwendungsbereich des Zugangsrechts . . . . .	115
2. Verletzung des Zugangsrechts . . . . .	118
a) Legitimer Zweck . . . . .	118
b) Verhältnismäßigkeitsprüfung . . . . .	120
aa) Nicht überzeugende Verkürzung des Prüfungsmaßstabs . . . . .	121
bb) Mangelnde Berücksichtigung der drohenden Rechtsverweigerung . . . . .	123
cc) Konsequenzen der drohenden Rechtsverweigerung für das Zugangsrecht . . . . .	125
V. Schlussfolgerungen: Auswirkungen der Entscheidungen des EGMR auf die gegenwärtige Auslegung des Zugangsrechts . . . . .	127
C. Recht des Beklagten auf Freiheit vor Justiz . . . . .	129
D. Ergebnis . . . . .	131
<i>§ 8 Europarecht: EU-Grundrechtecharta . . . . .</i>	<i>132</i>
A. Geltungsbereich der Unionsgrundrechte . . . . .	132
B. Das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht aus Art. 47 GRC . . . . .	135
I. Anwendungsbereich und Systematik . . . . .	135

II. Inhaltliche Reichweite des Zugangsrechts . . . . .	137
C. Recht des Beklagten auf Freiheit vor Justiz . . . . .	139
D. Ergebnis . . . . .	140
§ 9 Grundgesetz . . . . .	141
A. Der allgemeine Justizgewährungsanspruch des Grundgesetzes . . . . .	141
I. Herleitung und Rechtsnatur des allgemeinen Justizgewährungsanspruchs . . . . .	141
II. Inhalt des allgemeinen Justizgewährungsanspruchs . . . . .	142
1. Anwendbarkeit auf Verfahren mit Auslandsbezug . . . . .	142
2. Gewährleistungsgehalt . . . . .	145
a) Begründung eines Rechts auf ein inländisches Erkenntnisverfahren . . . . .	145
b) Voraussetzungen des Rechts auf ein inländisches Erkenntnisverfahren . . . . .	148
aa) Kernbereich inländischer Gerichtsbarkeit . . . . .	148
bb) Inländische Letztverantwortlichkeit . . . . .	149
3. Beschränkungsmöglichkeiten . . . . .	156
B. Recht des Beklagten auf Freiheit vor Justiz . . . . .	158
C. Ergebnis . . . . .	161
 Dritter Teil: Die Notzuständigkeit <i>de lege lata</i> . . . . .	 163
<i>Erster Abschnitt: Europäisches Zuständigkeitsrecht</i> . . . . .	163
§ 10 Bedürfnis internationaler Notzuständigkeit . . . . .	164
A. Differenzierung zwischen Rechtsakten mit abschließendem und nicht abschließendem Zuständigkeitsregime . . . . .	164
B. Bedürfnis internationaler Notzuständigkeit in Drittstaatensachverhalten . . . . .	170
I. Rechtsakte mit abschließendem Zuständigkeitsregime . . . . .	170
II. Erhöhtes Bedürfnis internationaler Notzuständigkeit infolge einer Reflexwirkung ausschließlicher Zuständigkeiten zugunsten von Drittstaaten? . . . . .	171
C. Bedürfnis internationaler Notzuständigkeit in Unionssachverhalten . . . . .	175
I. Die Annahme eines lückenlosen Zuständigkeitsrechts und der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als Ausgangspunkt . . . . .	175
II. Negative Kompetenzkonflikte infolge wechselseitiger Zuweisung internationaler Zuständigkeit durch mitgliedstaatliche Gerichte . . . . .	179
1. Anwendungsfälle . . . . .	179

a) Nicht- oder Falschanwendung europäischen Zuständigkeitsrechts . . . . .	179
b) Vertretbare Abweichungen innerhalb des Entscheidungsspielraums der Mitgliedstaaten . . . . .	180
c) Mangelnde Rechtsvereinheitlichung auf europäischer Ebene	181
2. Begrenzung durch Bindung an ausländische Unzuständigkeitsentscheidungen . . . . .	184
a) Einführung einer europäischen Rechtskraft für Unzuständigkeitsentscheidungen durch den EuGH . . . . .	184
b) Umfang der europäischen Rechtskraft für Unzuständigkeitsentscheidungen . . . . .	186
c) Ablehnung einer europäischen Rechtskraft für Unzuständigkeitsentscheidungen . . . . .	189
d) Konsequenzen für negative Kompetenzkonflikte . . . . .	191
III. Unmöglichkeit eines mitgliedstaatlichen Verfahrens . . . . .	193
IV. Unzumutbarkeit eines mitgliedstaatlichen Verfahrens . . . . .	196
V. Anerkennungslücke . . . . .	197
D. Die Person mit unbekanntem Aufenthalt als Grenzfall zwischen Unions- und Drittstaatensachverhalt . . . . .	198
E. Ergebnis . . . . .	200
<i>§ 11 Ausgestaltung der Notzuständigkeit in den EU-Verordnungen . . . . .</i>	201
A. Geschriebene Notzuständigkeiten in den Rechtsakten mit abschließendem Zuständigkeitsregime . . . . .	201
I. Überblick . . . . .	201
1. Europäische Unterhaltsverordnung . . . . .	201
2. Europäische Erbrechtsverordnung . . . . .	203
3. Europäische Güterrechtsverordnungen . . . . .	206
a) Die Möglichkeit der ausnahmsweisen Unzuständigkeitserklärung . . . . .	208
b) Verhältnis zur Auffangzuständigkeit . . . . .	210
II. Auslegung und Anwendungsprobleme der Vorschriften . . . . .	212
1. Rechtsaktübergreifende und restriktive Auslegung . . . . .	212
2. Enger Bezug der Rechtssache zu einem Drittstaat . . . . .	217
3. Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Verfahrenseinleitung oder Verfahrensführung in einem Drittstaat . . . . .	222
a) Unmöglichkeit . . . . .	223
b) Unzumutbarkeit . . . . .	227
aa) Generelle Unzumutbarkeit des Verfahrens . . . . .	228
bb) Unzumutbarkeit des konkreten Verfahrens . . . . .	230

cc) Unzumutbarkeit des persönlichen Erscheinens . . . . .	232
c) Anwendbarkeit auf Konstellationen einer Anerkennungslücke	234
d) Keine Notwendigkeit einer Verfahrenseinleitung im Drittstaat	238
4. Ausreichender Bezug zu dem Mitgliedstaat des angerufenen Gerichts . . . . .	239
a) Hintergrund der Voraussetzung . . . . .	239
b) Leitlinien der Auslegung . . . . .	240
c) Anwendung auf einzelne Anknüpfungspunkte . . . . .	243
aa) Staatsangehörigkeit . . . . .	243
bb) Vermögensbelegenheit . . . . .	246
cc) Gewöhnlicher Aufenthalt . . . . .	247
dd) Anknüpfungspunkte, die in der Vergangenheit in einem Mitgliedstaat vorlagen . . . . .	248
ee) Abänderungszuständigkeit . . . . .	250
ff) Andere Anknüpfungspunkte . . . . .	250
d) Kein Einfluss fehlender Aussicht auf Anerkennung oder Vollstreckung in einem Drittstaat . . . . .	251
e) Ausreichender Bezug zu mehreren Mitgliedstaaten . . . . .	252
5. Kein Ermessen der Gerichte bei der Zuständigkeitsausübung .	252
6. <i>Perpetuatio fori</i> . . . . .	256
7. Kein tatbestandlicher Ausschluss der Notzuständigkeit nach Ausübung der Notzuständigkeit durch einen anderen Mitgliedstaat . . . . .	260
III. Ergebnis . . . . .	261
B. Notzuständigkeiten in den Rechtsakten ohne abschließendes Zuständigkeitsregime . . . . .	263
I. Brüssel Ia-VO . . . . .	263
1. Verbleibender Anwendungsbereich des autonomen Zuständigkeitsrechts – Bedeutung autonomer Notzuständigkeit	263
2. Reform der Brüssel I-VO . . . . .	264
a) Vorarbeiten . . . . .	264
b) Kommissionsentwurf . . . . .	267
c) Resonanz auf den Kommissionsentwurf . . . . .	269
aa) Universalisierung der Zuständigkeitsgründe . . . . .	269
bb) Vorschrift zur Notzuständigkeit . . . . .	270
d) Scheitern der Universalisierung und Konsequenzen für die Notzuständigkeit . . . . .	273
e) Stellungnahme . . . . .	275
3. Perspektive für künftige Reformen der Brüssel Ia-VO . . . . .	277
II. Brüssel IIa-VO . . . . .	278



1. Verbleibender Anwendungsbereich des autonomen Zuständigkeitsrechts – Bedeutung autonomer Notzuständigkeit	278
2. Gesetzliche Anhaltspunkte für eine Notzuständigkeit	279
3. Reform der Brüssel Ila-VO	282
<i>§ 12 Ungeschriebene Notzuständigkeiten</i>	285
A. Bedürfnis in Unionssachverhalten	285
B. Möglichkeit und Notwendigkeit der Ausübung	286
C. Ausgestaltung	290
I. Rechtsaktübergreifende Anwendung	290
II. Grundsätzliche Orientierung an den geschriebenen Notzuständigkeiten	290
III. Anwendung auf die potenziellen Fallgruppen drohender Rechtsverweigerung	291
1. Negative internationale Kompetenzkonflikte	291
2. Unmöglichkeit eines mitgliedstaatlichen Verfahrens	294
3. Unzumutbarkeit eines mitgliedstaatlichen Verfahrens	298
4. Anerkennungslücke	301
IV. Anerkennung in anderen Mitgliedstaaten	303
D. Ergebnis	303
<i>Zweiter Abschnitt: Autonomes deutsches Recht</i>	305
<i>§ 13 Gesetzeslage</i>	305
A. Geschriebene Notzuständigkeiten	305
I. Fürsorgezuständigkeiten des FamFG	306
1. Inhalt und Anwendungsbereich	306
2. Zweck	307
3. Die Fürsorgezuständigkeiten als gesetzlich normierte Notzuständigkeiten?	308
a) Meinungsstand in der Literatur	308
b) Stellungnahme	309
aa) Charakteristische Merkmale einer Notzuständigkeit	309
bb) Anhaltspunkte für die Einordnung als Notzuständigkeit	309
cc) Anhaltspunkte gegen die Einordnung als Notzuständigkeit	311
dd) Würdigung	313
II. Internationale Zuständigkeit nach dem VerschG	313
1. Inhalt und Anwendungsbereich	313
2. Zweck	314
3. § 12 Abs. 2 VerschG als gesetzlich normierte Notzuständigkeit	315
a) Charakteristische Merkmale einer Notzuständigkeit	315

b) Subsidiarität gegenüber anderen Zuständigkeitsgründen . . .	315
c) Drohende Rechtsverweigerung als Anlass . . . . .	316
d) Notwendigkeit eines Inlandsbezugs . . . . .	317
III. Schlussfolgerungen . . . . .	317
B. Exorbitante Zuständigkeiten als typisierte Notzuständigkeit? . . . . .	318
I. Korrelation zwischen exorbitanter Zuständigkeit und Notzuständigkeit . . . . .	319
II. Bedürfnis einer Notzuständigkeit neben dem Vermögensgerichts- stand des § 23 ZPO als typisierter Notzuständigkeit? . . . . .	321
1. Voraussetzungen des Vermögensgerichtsstandes . . . . .	321
2. Konsequenzen für das Bedürfnis einer Notzuständigkeit . . . . .	322
3. Keine Typisierung der Notzuständigkeit durch den Vermögensgerichtsstand des § 23 ZPO . . . . .	325
III. Ergebnis . . . . .	327
C. Bisherige Reformbemühungen . . . . .	327
<i>§ 14 Ungeschriebene Notzuständigkeit</i> . . . . .	328
A. Materialerfassung . . . . .	330
I. Konstellationen der Notzuständigkeit . . . . .	330
II. Vergleichbare Fallgestaltungen . . . . .	331
1. Nichtbeachtung der Derogation inländischer Zuständigkeit . . . . .	331
2. Nichtbeachtung des Einwands ausländischer Rechtshängigkeit . . . . .	332
3. Drohende Rechtsverweigerung bei nicht kontradiktorischen Verfahren in Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit . . . . .	333
B. Mittel zur Vermeidung drohender Rechtsverweigerung ohne Eröffnung einer Notzuständigkeit . . . . .	334
I. Untaugliche Mittel zur Vermeidung drohender Rechtsverweigerung . . . . .	334
1. Zuständigkeitsrenvoi zur Vermeidung negativer internationaler Kompetenzkonflikte . . . . .	334
a) Beachtung eines Zuständigkeitsrenvoi . . . . .	334
b) Ablehnung eines Zuständigkeitsrenvoi . . . . .	335
c) Stellungnahme . . . . .	336
2. Absehen von dem Erfordernis der Verbürgung der Gegenseitigkeit . . . . .	338
3. Abwägungsmöglichkeit zugunsten der Zuständigkeitsgerechtigkeit im Rahmen der Prüfung des anerkennungsrechtlichen <i>ordre public</i> . . . . .	339

II. Keine Gewährung international ausschließlicher Zuständigkeit zugunsten ausländischer Gerichte bei drohender Rechtsverweigerung . . . . .	341
III. Berücksichtigung der Anerkennungsfähigkeit bei der Auslegung einer Prorogation ausländischer Gerichte . . . . .	343
IV. Anerkennungszuständigkeit infolge spiegelbildlicher Anwendung der Notzuständigkeit . . . . .	345
V. Ergebnis . . . . .	348
C. Voraussetzungen der Notzuständigkeit . . . . .	349
I. Drohende Rechtsverweigerung . . . . .	349
1. Fallgruppen drohender Rechtsverweigerung . . . . .	349
a) Negativer internationaler Kompetenzkonflikt . . . . .	349
b) Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit eines ausländischen Verfahrens . . . . .	351
aa) Unmöglichkeit eines ausländischen Verfahrens . . . . .	351
bb) Unzumutbarkeit eines ausländischen Verfahrens . . . . .	354
c) Anerkennungslücke . . . . .	357
2. Keine eigenständige Notzuständigkeit aufgrund eines (voraussichtlichen) Verstoßes einer ausländischen Entscheidung gegen den <i>ordre public</i> . . . . .	359
3. Keine eigenständige Ersatzzuständigkeit bei befürchteter Falschanwendung deutschen Rechts . . . . .	362
4. Keine eigenständige Notzuständigkeit auf dem Gebiet des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	363
II. Bestimmung der maßgeblichen ausländischen Staaten . . . . .	365
III. Nachweis der drohenden Rechtsverweigerung . . . . .	366
1. Keine Berücksichtigung unzureichend dargelegten Parteivortrages . . . . .	367
2. Keine Notwendigkeit eines ausländischen Verfahrens oder einer ausländischen Entscheidung . . . . .	368
3. Konkretisierung des Gefahrbegriffs . . . . .	369
a) Fallgruppen mit überwiegend geringeren Anforderungen an den Nachweis der Gefahr einer Rechtsverweigerung . . . . .	370
b) Fallgruppen mit überwiegend höheren Anforderungen an den Nachweis der Gefahr einer Rechtsverweigerung . . . . .	371
IV. Inlandsbezug . . . . .	372
1. Notwendigkeit einer Inlandsbeziehung . . . . .	372
2. Konkrete Anforderungen an die Inlandsbeziehung . . . . .	373
a) Meinungsstand . . . . .	374
aa) Weitreichender Ansatz . . . . .	374

bb) Restriktiver Ansatz . . . . .	375
cc) Differenzierende Ansätze . . . . .	375
dd) Anerkannte Fallgruppen im Rahmen internationaler Scheidungs Zuständigkeit . . . . .	376
b) Stellungnahme . . . . .	377
aa) Notwendigkeit einer Einzelfallbetrachtung . . . . .	377
bb) Leitlinien der Einzelfallbetrachtung . . . . .	378
cc) Anwendung auf einzelne Anknüpfungspunkte . . . . .	379
c) Besonderheiten im Umgang mit Menschenrechtsklagen? . . . . .	382
aa) Keine Ausnahme von dem Erfordernis einer Inlandsbeziehung . . . . .	382
bb) Sitz der Konzernmutter im Inland als hinreichender Anknüpfungspunkt einer Inlandsbeziehung . . . . .	383
V. Ergebnis . . . . .	386
D. Im Zusammenhang mit der Notzuständigkeit auftretende Probleme . . . . .	387
I. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	387
1. Meinungsstand . . . . .	388
a) Bestimmung durch das höhere Gericht . . . . .	388
b) Wahlmöglichkeit des Rechtssuchenden . . . . .	388
c) Auffangzuständigkeit im Bezirk des AG Schöneberg in Berlin . . . . .	389
2. Stellungnahme . . . . .	390
II. <i>Perpetuatio fori</i> . . . . .	395
1. Meinungsstand . . . . .	395
a) Annahme einer <i>perpetuatio fori</i> . . . . .	395
b) Ablehnung einer <i>perpetuatio fori</i> . . . . .	396
2. Stellungnahme . . . . .	396
III. Verfahrensaussetzung bei Unklarheiten über Rechtsschutzmöglichkeiten im Ausland . . . . .	398
IV. Keine Rechtskraft einer inländischen Prozessabweisung bei nachfolgender Prozessabweisung in dem aus deutscher Sicht zuständigen Staat . . . . .	400
V. Ergebnis . . . . .	401
 Vierter Teil: Die Notzuständigkeit <i>de lege ferenda</i> . . . . .	 403
§ 15 Europäisches Zuständigkeitsrecht . . . . .	404
A. Drittstaatensachverhalte . . . . .	405
I. Rechtsakte mit abschließendem Zuständigkeitsregime . . . . .	406
1. Kein unmittelbarer gesetzgeberischer Handlungsbedarf . . . . .	406
2. Anpassungs- und Präzisierungsmöglichkeiten . . . . .	406

a) Festlegung des engen Bezugs zu einem Drittstaat . . . . .	406
b) Ausdrückliche Einbeziehung der Anerkennungslücke . . . . .	407
c) Auflisten von weiteren Beispielen für den ausreichenden Bezug zu einem Mitgliedstaat . . . . .	408
d) Kein Ermessen der Gerichte bei der Zuständigkeitsausübung	409
e) Klarstellung des Verhältnisses zu den begrenzten Auffangzuständigkeiten . . . . .	410
II. Rechtsakte ohne abschließendes Zuständigkeitsregime . . . . .	411
1. Im Falle der Beibehaltung der Restzuständigkeiten . . . . .	411
2. Im Falle der Universalisierung der Zuständigkeitsvorschriften .	412
a) Universalisierung der Zuständigkeitsvorschriften als wünschenswertes Ziel . . . . .	412
b) Aufnahme einer geschriebenen Vorschrift zur Notzuständigkeit . . . . .	414
3. Reformdiskussionen in Bezug auf Menschenrechtsklagen . . .	418
III. Ergebnis . . . . .	421
B. Unionssachverhalte . . . . .	422
I. Vorrangige Mittel zur Vermeidung einer drohenden Rechtsverweigerung . . . . .	422
1. Einführung einer bindenden Verweisungsmöglichkeit . . . . .	423
2. Verordnungsautonome Anknüpfung anstelle der gegenwärtigen Wohnsitzanknüpfung im Anwendungsbereich der Brüssel Ia-VO	425
3. Besondere (Not-)Zuständigkeit für die Scheidung gleichgeschlechtlicher Ehen . . . . .	427
II. Kodifizierung der Notzuständigkeit? . . . . .	428
1. Verbleibender Anwendungsbereich der Notzuständigkeit . . . .	428
2. Eigenständige Regelung der Anerkennungslücke . . . . .	430
3. Keine Kodifizierung einer allgemeinen Notzuständigkeit für sonstige Anwendungsfälle . . . . .	432
III. Ergebnis . . . . .	434
§ 16 <i>Autonomes deutsches Recht</i> . . . . .	436
A. Kodifizierung der Notzuständigkeit . . . . .	436
I. Eigenständige Bedeutung des autonomen Zuständigkeitsrechts trotz fortschreitender Europäisierung . . . . .	436
II. Möglichkeit der Kodifizierung . . . . .	438
III. Meinungsstand zur Kodifizierung der Notzuständigkeit . . . . .	438
1. Ablehnung einer geschriebenen Notzuständigkeit . . . . .	438
2. Aufnahme einer geschriebenen Notzuständigkeit . . . . .	440
IV. Stellungnahme . . . . .	441

B. Ausgestaltung der geschriebenen Notzuständigkeit . . . . .	446
I. Grundsätzliche Orientierung an den europäischen Vorschriften zur Notzuständigkeit . . . . .	446
II. Drohende Rechtsverweigerung . . . . .	447
1. Fallgruppen der Rechtsverweigerung . . . . .	447
2. Gefahr der Rechtsverweigerung . . . . .	449
3. Maßgebliches Ausland . . . . .	450
III. Inlandsbezug . . . . .	450
1. Erforderlichkeit eines Inlandsbezugs . . . . .	450
2. Ausgestaltung . . . . .	452
IV. Keine Besonderheiten für Menschenrechtsklagen . . . . .	454
V. Rechtsfolge . . . . .	457
VI. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	457
C. Ergebnis . . . . .	458
 Fünfter Teil: Schluss . . . . .	 461
<i>§ 17 Zusammenfassung der Ergebnisse . . . . .</i>	<i>462</i>
A. Grundzüge der Notzuständigkeit . . . . .	462
B. Völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	462
C. Europäisches Zuständigkeitsrecht . . . . .	463
I. <i>De lege lata</i> . . . . .	463
1. Geschriebene Notzuständigkeiten . . . . .	464
2. Ungeschriebene Notzuständigkeiten . . . . .	465
II. <i>De lege ferenda</i> . . . . .	466
1. Drittstaatensachverhalte . . . . .	466
2. Unionssachverhalte . . . . .	467
D. Autonomes deutsches Zuständigkeitsrecht . . . . .	467
I. <i>De lege lata</i> . . . . .	467
II. <i>De lege ferenda</i> . . . . .	469
 Literaturverzeichnis . . . . .	 471
Sachregister . . . . .	497